



Presseinformation

Potsdam, 24. November 2011

Internationaler Gedenktag „NEIN zu Gewalt an Frauen“

Am 25. November findet der Internationale Gedenktag „NEIN zu Gewalt an Frauen“ statt. Damit wird daran erinnert, dass Mädchen und Frauen weltweit Opfer gravierender Menschenrechtsverletzungen sind. Gewalt gegen Mädchen und Frauen hat viele Gesichter. Nach UNO-Angaben wird jede dritte Frau einmal in ihrem Leben geschlagen, vergewaltigt oder anderweitig missbraucht. Nach einer aktuellen Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erlebten 40 % der in Deutschland befragten Frauen schon einmal körperliche bzw. sexuelle Gewalt. Am häufigsten sind Frauen weltweit von häuslicher Gewalt betroffen. In Deutschland fliehen jährlich ca. 40.000 Frauen mit ihren Kindern in ein Frauenhaus. Im Land Brandenburg wurden im Jahr 2010 offiziell 2.856 Straftaten im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt registriert, 13,3 % mehr als im Vorjahr und soviel wie noch nie zuvor. Die Dunkelziffern liegen um ein Vielfaches höher. Unberücksichtigt in dieser Zahl bleiben Delikte im Zusammenhang mit Zwangsprostitution und Menschenhandel sowie die Fälle, bei denen Frauen das Recht auf ihre sexuelle Selbstbestimmung verweigert wird wie Zwangsverheiratung und Genitalverstümmelung.

Das Register der Straftaten im Bereich Häusliche Gewalt umfasst u. a. Körperverletzungen, Bedrohungen, Vergewaltigung, sexuelle Nötigung und sexuellen Missbrauch, Freiheitsberaubung bis hin zu Mord- und Totschlagsdelikten. Die Opfer sind fast immer Mädchen und Frauen. Für viele der betroffenen Frauen ist die Flucht ins Frauenhaus die einzige Möglichkeit des Schutzes. Alarmierend ist auch die Tatsache, dass weiterhin zunehmend Kinder und Jugendliche unter häuslicher Gewalt leiden. Die Zahl der registrierten Opfer hierbei stieg 2010 im Land Brandenburg auf 538, das sind 35 mehr als im Vorjahr.

Als zentrale Anlaufstelle für betroffene Frauen und ihre Kinder bieten im Land Brandenburg die Mitarbeiterinnen der 23 Frauenunterstützungseinrichtungen mit einer qualifizierten und hoch engagierten Arbeit Schutz, Beratung und Begleitung an. Problematisch ist nach wie vor die unzureichende finanzielle Ausstattung der Frauenhäuser.

gefördert vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie

Nachdrücklich fordern die Vertreterinnen des Frauenpolitischen Rates seit Jahren von Land und Kommunen, endlich die Voraussetzungen zu schaffen, dass das Gewaltschutzgesetz bis zur letzten Konsequenz durchgesetzt werden kann. „Die gesellschaftliche Wahrnehmung von Gewalt gegen Frauen und Kinder hat sich in den zurückliegenden Jahren geändert. Was sich nicht geändert hat, sind die finanziellen Rahmenbedingungen“ sagte Heiderose Gerber, Sprecherin des Frauenpolitischen Rates. „Den langjährigen Diskussionen auf Bundes- und Landesebene um eine bedarfsgerechte Frauenhausfinanzierung muss endlich eine konsequente Regelung zur Schaffung verbesserter und stabiler Rahmenbedingungen folgen, um den Rechtsanspruch auf Schutz vor Gewalt für Frauen und ihre Kinder unabhängig von deren Einkommen und Aufenthaltsstatus gewährleisten zu können.“ so Heiderose Gerber weiter. Zu diesen Rahmenbedingungen gehören neben dem (Wieder)aufbau verlässlicher Unterstützungs- und Vernetzungsstrukturen für die Frauenhäuser und Beratungsstellen, der Umsetzung einer leistungsgerechten Bezahlung der Mitarbeiterinnen der Frauenhäuser, der bedarfsgerechten Personalausstattung unter Berücksichtigung des stetig steigenden Beratungsbedarfs und einer qualifizierten Kinderbetreuung in den Frauenhäusern, ebenso eine nachhaltig wirksame Täterarbeit und eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit, um Betroffene über Hilfs- und Unterstützungsangebote zu informieren und die Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren.

Im Land Brandenburg finden in der Aktionswoche um den 25. November 2011 zahlreiche Veranstaltungen und Aktionen statt, so u. a. Film- und Theateraufführungen, Lesungen, Fachtagungen, Informationsangebote und Gesprächsrunden. An der von TERRE DES FEMMES initiierten Fahnenaktion „Frei leben – ohne Gewalt“ beteiligen sich im Land Brandenburg mehr als 25 Kommunen und Institutionen. Die Veranstalterinnen informieren über bestehende Unterstützungsangebote und Handlungsformen und beraten darüber, wie Maßnahmen vor Ort noch wirkungsvoller zu gestalten sind. Nähere Informationen gibt es auf den Internetseiten des Frauenpolitischen Rates unter www.frauenrat-brandenburg.de.

Der Internationale Gedenktag erinnert an die drei Schwestern Mirabal, die am 25. November 1960 wegen ihrer politischen Aktivitäten gegen den Diktator Trujillo vom militärischen Geheimdienst der Dominikanischen Republik nach monatelanger Folter ermordet wurden. Ihr Mut im Kampf gegen den tyrannischen Diktator gilt inzwischen als Symbol für Frauen weltweit, die nötige Kraft für das Eintreten gegen Unrecht zu entwickeln. 1999 wurde der 25. November zum Internationalen Tag für die Beseitigung von Gewalt an Frauen erklärt und als Internationaler Gedenktag von den Vereinten Nationen anerkannt.

Bettina Panser
Pressesprecherin und Geschäftsführerin

gefördert vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie